



**Gemeinderat**

**Protokoll Nr. 4/2014**

**Datum** Donnerstag, 8. Mai 2014

**Dauer** 14:00 - 19:05 Uhr

**Anwesend**

**Präsident** Dr. Dominik Infanger

**Mitglieder** Romano Cahannes

Rita Cavegn Hänni

Mario Cortesi

Guido Decurtins

Christian Durisch

Tina Gartmann-Albin

Stefan Grass

Oliver Hohl

Dr. Jürg Kappeler

Franco Lurati

Dr. Carla Maissen

Anita Mazzetta (bis 17.45 Uhr)

Adrian J. Meier

Dr. Hans Martin Meuli

Beath Nay

Dr. Giancarlo Sala

Michael Trepp

Susanne von Rechenberg

Martha Widmer-Spreiter

**Entschuldigt** Dr. Jean-Pierre Menge

**Stadtrat** Stadtpräsident Urs Marti

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber

Stadtrat Tom Leibundgut

**Protokoll** Stadtschreiber Markus Frauenfelder



## Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 10. April 2014
2. Botschaft Pensionsversicherung; Änderung der Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Beiträge von 60 % : 40 % auf 50 % : 50 % (ALÜ 2.0 Massnahme 1150 S)
3. Botschaft "Deutsch für die Schule" - sprachliche Frühförderung für Chur
4. Botschaft Gesetz über die Finanzierung von Verkehrsanlagen (RB 521); Aufhebung
5. Botschaft Teilrevision des Gesetzes über die Jugendförderung in der Stadt Chur (Einführung Jugendparlament)
6. Auftrag CVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Überprüfung Modell C (Sekundarstufe I); Bericht
7. Auftrag Freie Liste Verda/Trepp und Mitunterzeichnende betreffend Installation öffentlicher Velopumpen; Bericht
8. Auftrag CVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend kostenloses WLAN; Bericht
9. Auftrag GPK betreffend Abänderung bestehendes Modell auf Modell "28+1" (GPK-Bericht vom 20.11.2013); Antrag um Fristverlängerung
10. Interpellation Martha Widmer und Mitunterzeichnende betreffend "Wie weiter mit den Sportstätten in Chur?"; Antwort
11. Interpellation SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Prüfung SKOS-Austritt; Antwort
12. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung (bei Bedarf)

## 1. Protokoll der Sitzung vom 10. April 2014

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.



## 2. Botschaft Pensionsversicherung; Änderung der Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Beiträge von 60 % : 40 % auf 50 % : 50 % (ALÜ 2.0 Massnahme 1150 S)

### Antrag

1. *Das Finanzierungsverhältnis der Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Beiträge an die Pensionsversicherung wird per 1. Januar 2015 von bisher 60 % : 40 % auf 50 % : 50 % geändert.*
2. *Die über zehn Jahre abgestufte Umsetzung bei bisherigen Angestellten (inkl. Stadtrat) und Lehrpersonen mit einer Anpassung von jährlich 1 % wird genehmigt.*
3. *Die Teilrevision von Art. 22 und Art. 83 Personalverordnung der Stadt Chur (PVO; RB 201) wird genehmigt.*
4. *Die Teilrevision von Art. 9 Abs. 1 und Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung Stadt Chur (PKSC; RB 261, vom Gemeinderat am 12. Dezember 2013 genehmigte, noch nicht in Kraft gesetzte Fassung) wird genehmigt und nach den Bestimmungen der Stadtverfassung dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum unterstellt.*
5. *Die Massnahme 1150 S aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 (ALÜ 2.0) betreffend Änderung des Finanzierungsverhältnisses bei der Pensionsversicherung, vom Gemeinderat am 24. Oktober 2013 beschlossen (Ziff. 3.4), wird als erledigt abgeschrieben.*

**EINTRETEN** ist unbestritten.

Die Befürworter der Vorlage begründen deren Richtigkeit mit der Angleichung an die Privatwirtschaft. Dass neu eintretende Mitarbeitende nicht in den Genuss der Abfederung gelangen würden, wird als unschön, jedoch unvermeidbar bezeichnet ("Zweiklassengesellschaft"). Die Abfederung über 10 Jahre wird als sehr verträglich gelobt und ist unbestritten.

- **Rückweisungsantrag** SP-Fraktion

Frau **Gartmann** begründet den Antrag mit den zahlreichen Fällen, wo es noch ein Verhältnis von 60 % : 40 % oder aber 55 % : 45 % gebe. Der Lohnvergleich, den der Gemeinderat in Auftrag gegeben und von dem er Kenntnis genommen habe, habe verdeutlicht, dass die städtischen Löhne grossmehrheitlich marktgerecht seien. Vergewärtigt man sich aber die im Zuge von ALÜ 1.0 und 2.0 erfolgten Belastungen der Arbeitnehmenden, gerate man ins Hintertreffen.



Zur Abfederung wird kritisch vermerkt, damit werde das Sparziel für die laufende Legislatur nicht erreicht, weshalb eine Kompensation aufzuzeigen sei.

Der Rückweisungsantrag stösst im bürgerlichen Lager auf heftige Kritik. Der SP wird vorgeworfen, sie torpediere die Ziele von ALÜ 2.0, was verantwortungslos sei. Der Gemeinderat wolle eine Angleichung an die Privatwirtschaft; die SP bleibe die Beispiele von besseren PK-Verhältnissen schuldig.

Aus dem Rat erhält der Rückweisungsantrag aber auch Unterstützung. Die Sparaufträge zu ALÜ 2.0 seien nie einstimmig erfolgt, weshalb man sich jetzt nicht über Gegenstimmen zu wundern brauche. In den letzten zehn Jahren habe das Personal sechs Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen hinnehmen müssen. Die städtischen Löhne seien marktkonform, und die vorliegende Massnahme sei nicht sozialverträglich für die tiefsten Lohnklassen. Es brauche eine Gesamtschau der Auswirkungen auf das Personal, das aktuelle Vorgehen sei "Salamitaktik".

Der **Stadtpräsident** sieht die Abfederung als Signal für die Angestellten, denn die Stadt als Arbeitgeberin könne so ihre Abmachungen einhalten. Die Übergangsphase ermögliche es den Mitarbeitenden, zu Firmen zu wechseln, welche bessere Bedingungen böten. Gegenüber den Angestellten bestehe nun auch eine Verpflichtung, auch einnahmenseitig konsequent zu sein. Künftige Bewerbende interessierten sich gewöhnlich dafür, ob sie die Stelle bekämen und wie hoch der Bruttolohn sei. Die Stadt werde in Zukunft eine der wenigen zuverlässigen Arbeitgeberinnen im Kanton sein. Dem Stadtrat gehe es darum, Gewähr für die Sicherheit der Arbeitsplätze zu bieten. Damit mache man etwas gegen alle, statt gegen wenige. Wie der Stadtrat schon in seiner ALÜ-Botschaft aufgezeigt habe, bedeuteten weitere Kompensationsmassnahmen den Abbau weiterer Dienstleistungen, denn die linearen Sparmöglichkeiten seien irgendwann ausgeschöpft. Vorliegend leisteten die Besserverdienenden einen höheren Beitrag, weshalb die Massnahme sozial sei, doch habe man insbesondere bei den tiefsten Löhnen eine Grenze erreicht. An die SP ergeht die Frage, worauf sich ihr Nein beziehe. Ob es ein Nein zur Abfederung oder zur Absenkung auf 50 % : 50 % sei. Was die "Zweiklassengesellschaft" angehe, so sei die Abmachung zu Beginn des Arbeitsverhältnisses massgebend. Neue Kandidatinnen und Kandidaten könnten auf das Angebot der Stadt eintreten oder nicht. Die Abfederung sei übrigens gleich ausgestaltet wie jene bei der Abschaffung der Wohnsitzzulage. Was die Abflachung des Stufenanstiegs anbelange, so sei man am Erarbeiten einer Lösung; zu bedenken sei aber, dass wieder



das Personal getroffen werde. Unter Kommentierung der in der Botschaft zu Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 aufgeführten Kompensationsmassnahmen führt der **Stadtpräsident** aus, der Stadtrat wolle nicht Vorschläge bringen, die chancenlos seien; dies führe zu unnötiger Verunsicherung. Aus diesem Grund werde sich der Stadtrat mit der GPK beraten. Mit der Abfederung würden die Planzahlen von ALÜ 2.0 zwar verschoben, doch würden sie nicht ausfallen. Zudem wisse man nicht, wie viele Leute die Stelle wechselten. Er fordere den Gemeinderat auf, nicht neue Ausgaben zu beschliessen und seinen Aufträgen treu zu bleiben.

Namens der **SP-Fraktion** beantwortet Frau **Gartmann** die Frage des Stadtpräsidenten. Es sei ganz klar, dass die SP der Änderung an sich nicht zustimme. Insbesondere bei den Tiefstlohnbeziehenden könne sie zu gravierenden Auswirkungen führen. Sie stellten sich mit anderen Worten grundsätzlich gegen die Änderung auf 50 % : 50 %.

#### **DETAILBERATUNG**

Keine Wortmeldungen.

#### **Abstimmung:**

Der Rückweisungsantrag der **SP-Fraktion** wird mit 11 zu 9 Stimmen abgelehnt.

#### **Schlussabstimmung:**

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Das Finanzierungsverhältnis der Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Beiträge an die Pensionsversicherung wird mit 13 zu 7 Stimmen per 1. Januar 2015 von bisher 60 % : 40 % auf 50 % : 50 % geändert.
2. Die über zehn Jahre abgestufte Umsetzung bei bisherigen Angestellten (inkl. Stadtrat) und Lehrpersonen mit einer Anpassung von jährlich 1 % wird mit 13 zu 7 Stimmen genehmigt.
3. Die Teilrevision von Art. 22 und Art. 83 Personalverordnung der Stadt Chur (PVO; RB 201) wird mit 13 zu 7 Stimmen genehmigt.
4. Die Teilrevision von Art. 9 Abs. 1 und Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung Stadt Chur (PKSC; RB 261, vom Gemeinderat am 12. Dezember 2013 genehmigt.



te, noch nicht in Kraft gesetzte Fassung) wird mit 13 zu 7 Stimmen genehmigt und nach den Bestimmungen der Stadtverfassung dem obligatorischen Referendum unterstellt.

5. Die Massnahme 1150 S aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 (ALÜ 2.0) betreffend Änderung des Finanzungsverhältnisses bei der Pensionsversicherung, vom Gemeinderat am 24. Oktober 2013 beschlossen (Ziff. 3.4), wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

### 3. Botschaft "Deutsch für die Schule" - sprachliche Frühförderung für Chur

#### Antrag

1. *Vom vorliegenden Programm "Deutsch für die Schule" zur sprachlichen Frühförderung wird Kenntnis genommen.*
2. *Die Stellen eines/r Verantwortlichen für das Förderprogramm "Deutsch für die Schule" zu 50 % und eines/r Verwaltungsangestellte/n für die Administration zu 20 % werden bewilligt und der Stellenplan entsprechend ergänzt.*
3. *Die Kosten von netto Fr. 106'300.-- werden für das Jahr 2015 ins Budget zu Lasten von Konto 2050.XXXX.000, Kostenstelle 40.1200, aufgenommen.*
4. *Die Folgekosten werden im folgenden Umfang genehmigt:*  
*2016: netto Fr. 143'600.--*  
*2017: netto Fr. 144'700.--*  
*2018: netto Fr. 165'100.--*  
*Ab 2019: netto Fr. 184'300.--*
5. *Nach Abschluss des vierten Programmjahrs (das heisst erste Hälfte 2019) legt der Stadtrat dem Gemeinderat einen Bericht vor.*
6. *Ziffer 3 und 4 dieses Beschlusses werden dem fakultativen Referendum unterstellt.*
7. *Das Postulat Doris Caviezel-Hidber betreffend Konzept für die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung wird als erledigt abgeschrieben.*



- **Antrag Sala**

*Ziff. 4 des Antrags sei wie folgt zu ergänzen: "Die Kosten für die Weiterführung der sprachlichen Frühförderung nach der Auf- und Ausbauphase (im Jahre 2020) dürfen auf keinen Fall die 200'000 Franken-Grenze überschreiten."*

*Ziff. 5 des Antrags sei wie folgt zu ergänzen: "Nachdem der Stadtrat dem Gemeinderat in der ersten Hälfte 2019 den vorgesehenen Bericht über die Ergebnisse des Programms vorgelegt hat, entscheidet der Gemeinderat über die Weiterführung des Programms."*

- **Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion**

**Meuli** begründet den Antrag mit dem Postulat Doris Caviezel-Hidber, das ins Jahr 2008 zurückgehe. Dieser Umstand belege, dass das Vorhaben nicht zeitkritisch sei. Der vom Stadtrat eingeschlagene Sparkurs solle beibehalten werden, was neue Aufgaben verbiete, denn sonst heisse es in ein paar Jahren wieder, der Gemeinderat habe zahlreiche Mehrausgaben mitzuverantworten.

Trotz der Mehrkosten, welche die Vorlage auslöst, wird das Projekt mehrheitlich als geeignet bzw. gut bezeichnet. Fragen werden gestellt zur Zielgruppe (Ausländer/Schweizer Kinder) sowie zum geplanten Obligatorium. Ansonsten ist die Wirkung der Frühförderung anerkannt, und in der Schweiz bestehe diesbezüglich Nachholbedarf. Die Investitionen in die Frühförderung würden sich auszahlen.

Für den Rückweisungsantrag werden verschiedene Gründe angeführt, sei dies die vermehrte Inpflichtnahme der Eltern oder aber detaillierte inhaltliche Kritik. Die Kompensationsvorschläge in der Botschaft werden kritisiert, da es nicht die Meinung sei, Einsparungen im Schulbereich in anderen Bereichen gleich wieder zu eliminieren. Bedenken werden zum geplanten Obligatorium geäußert; dafür reichten die in der Botschaft genannten gesetzlichen Grundlagen nicht aus.

**Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** spricht als erstes zur Zielgruppe. Angedacht seien alle Kinder unabhängig ihrer Nationalität, die nicht über genügend Deutschkenntnisse verfügten. Ob dabei auch Schweizer Kinder einem Obligatorium unterstellt werden könnten, müsse noch abgeklärt werden. Gewöhnlich seien Schweizer Eltern aber an guten Voraussetzungen für ihre Kinder interessiert. Die Anträge der CVP seien für den Stadtrat in



Ordnung, d.h. insbesondere, dass der Gemeinderat über die Weiterführung des Programms entscheide. Was die Plafonierung der Kosten anbelange, so seien diese von den Fallzahlen abhängig; hier sei eine Prognose schwierig. Zur Rückweisung sei zu sagen, dass jedes Jahr ein verlorenes Jahr sei. Bei der Behandlung des Integrationskonzepts sei deutlich zum Ausdruck gekommen, dass die Frühförderung eine hohe Priorität geniesse. Erschwerend sei auch gewesen, dass die Stadt seit dem Jahr 2010 am Sparen sei; in dieser Hinsicht sei der Zeitpunkt immer falsch. Was die Kompensationen anbelange, so befinde sich der Stadtrat im Dilemma, doch würde die konsequente Befolgung der Forderung bedeuten, dass der Stadtrat gar keine Vorlagen mehr bringen könnte. Die Reduktion der Entlastungsstunden entspreche einer 70-80 %-Stelle, entsprechend könne der Stellenplan eingehalten werden. Die Wirkung der Frühförderung sei wissenschaftlich erhärtet, und die Stadt Basel habe nach fünf Jahren sehr erfreuliche Fortschritte verzeichnen können. Die positiven Effekte bestünden nicht nur in einer Verbesserung der Sprache und der Kommunikationsfähigkeit, sondern auch im sozialen Verhalten. Entsprechend rechne sie damit, dass im Bereich der Förderung in der Primarstufe Einsparungen erzielt werden könnten. Man habe im Rahmen der Erarbeitung der vorliegenden Botschaft alle Projekte in der Schweiz analysiert und Erfahrungen abgeholt mit dem Ziel, für Chur ein gutes, zahlbares Programm zu erarbeiten. Auch die Integrationsbeauftragte des Kantons sei einbezogen worden, und diese mache bestimmte Auflagen betreffend Weiterbildung. Auch mit den Spielgruppen sei das Gespräch gesucht worden, und von dort gebe es durchwegs positive Rückmeldungen. Bis zur Einführung des Obligatoriums daure es noch vier Jahre. Wenn nun der Gemeinderat über die Weiterführung entscheiden sollte, müsse der Zeitplan angepasst werden. Bis dahin könnten jedoch problemlos die rechtlichen Voraussetzungen geklärt werden.

### **Schlussabstimmung:**

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Vom vorliegenden Programm "Deutsch für die Schule" zur sprachlichen Frühförderung wird Kenntnis genommen.
2. Die Stellen eines/r Verantwortlichen für das Förderprogramm "Deutsch für die Schule" zu 50 % und eines/r Verwaltungsangestellte/n für die Administration zu 20 % werden bewilligt und der Stellenplan entsprechend ergänzt (11 zu 9 Stimmen).
3. Die Kosten von netto Fr. 106'300.-- werden für das Jahr 2015 ins Budget zu Lasten von Konto 2050.XXXX.000, Kostenstelle 40.1200, aufgenommen (11 zu 9 Stimmen).





4. Die Folgekosten werden im folgenden Umfang genehmigt (10 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen):
  - 2016: netto Fr. 143'600.--
  - 2017: netto Fr. 144'700.--
  - 2018: netto Fr. 165'100.--
  - Ab 2019: netto Fr. 184'300.--

Die Kosten für die Weiterführung der sprachlichen Frühförderung nach der Auf- und Ausbauphase (im Jahre 2020) dürfen auf keinen Fall die 200'000 Franken-Grenze überschreiten (11 zu 9 Stimmen).
5. Nach Abschluss des vierten Programmjahrs (das heisst erste Hälfte 2019) legt der Stadtrat dem Gemeinderat einen Bericht vor (16 zu 4 Stimmen). Nachdem der Stadtrat dem Gemeinderat in der ersten Hälfte 2019 den vorgesehenen Bericht über die Ergebnisse des Programms vorgelegt hat, entscheidet der Gemeinderat über die Weiterführung des Programms (16 zu 1 Stimme bei 3 Enthaltungen).
6. Ziffer 3 und 4 dieses Beschlusses werden dem fakultativen Referendum unterstellt (einstimmig bei 1 Enthaltung).
7. Das Postulat Doris Caviezel-Hidber betreffend Konzept für die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

#### **4. Botschaft Gesetz über die Finanzierung von Verkehrsanlagen (RB 521); Aufhebung**

##### **Antrag**

1. *Das Gesetz über die Finanzierung von Verkehrsanlagen (RB 521) wird aufgehoben.*
2. *Die Aufhebung wird gemäss den Bestimmungen der Stadtverfassung dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum unterstellt.*

Die Aufhebung des Gesetzes ist unbestritten.

Vier Wortmeldungen.

**Abstimmung:**

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Das Gesetz über die Finanzierung von Verkehrsanlagen (RB 521) wird aufgehoben.
2. Die Aufhebung wird gemäss den Bestimmungen der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

**5. Botschaft Teilrevision des Gesetzes über die Jugendförderung in der Stadt Chur (Einführung Jugendparlament)**

**Antrag**

1. *Die Teilrevision des Gesetzes über die Jugendförderung in der Stadt Chur (RB 361) wird genehmigt. Die Teilrevision untersteht gemäss den Bestimmungen der Stadtverfassung dem fakultativen oder obligatorischen Referendum.*
2. *Die Verordnung über das Jugendparlament der Stadt Chur wird genehmigt.*

**EINTRETEN** ist unbestritten.

- **Rückweisungsantrag SVP-Fraktion**

**Durisch** begründet - nebst Ausführungen zum kantonalen Jugendparlament, welches in den 1960er-Jahren existierte und dem er selbst angehörte - die Rückweisung aus formalen Überlegungen. Die aktuelle Vereinsstruktur sei richtig, ein öffentlich-rechtlicher Charakter sei abzulehnen, ebenso die politischen Kompetenzen. Auch die Öffnung der Mitgliedschaft auf Jugendliche aus dem Kanton wird als falsch erachtet, denn in diesem Fall wäre eine kantonale Organisation der richtige Weg.

Die Idee des Jugendparlaments stösst in der Debatte auf grundsätzliche Zustimmung. Kritisiert wird die bereits erwähnte Ausweitung auf den Kanton, was für ein kantonales Jugendparlament sprechen würde. In diesem Zusammenhang wird gefragt, ob eine Mitfinanzierung durch den Kanton abgeklärt worden sei. Unter Hinweis auf ALÜ 2.0 wird zudem gefordert, dass der Beitrag der Stadt lediglich in der Zurverfügungstellung der Infrastruktur bestehen



sollte. Statt ein Jugendparlament zu unterstützen, solle die finanzielle Förderung vielmehr den Jungparteien zukommen.

Für das Jugendparlament wird die Präsentation in der Septembersitzung des letzten Jahres angeführt; diese habe durch ihr hohes Engagement überzeugt. Es gehe jetzt darum, eine positive Botschaft seitens Gemeinderat auszusenden und nicht in Rappenspalterei zu verfallen. Der Weg über die Jungparteien stösst nicht auf Zustimmung, denn auch diese hätten Probleme mit der Fluktuation. Beim Jugendparlament gehe es nicht unbedingt um eine "Kaderschmiede" für angehende Politiker/innen. Man habe jetzt initiative Jugendliche, diese Chance gelte es zu nutzen.

Der **Stadtpräsident** stellt fest, dass niemand der Jugend die Mitsprache erschweren wolle. Wenn die Rechtsform des Vereins belassen werde, müsse die Stadt nichts tun. Vorliegend gehe es darum, dem Jugendparlament einen Rahmen zu geben, der vom Gemeinderat beraten worden sei, schliesslich wolle man nicht verschiedene Vereine, die ein Jugendparlament bildeten. Die politischen Handlungsformen seien bescheiden, es sei kein Jota mehr, als die Verfassung ohnehin jedem Bürger zugestehen. Die gewählte Form sei aus Sicht des Stadtrates zweckmässig und auch verfassungskonform. Gewöhnlich scheuten sich die Grossräte, Petitionen mit Gemeindenähe zu behandeln. Aus dieser Sicht sei es sinnvoll, wenn Jugendliche aus der Region ihre Meinung einbringen könnten. Jugendliche interessierten sich eher für Gemeinde- bzw. regionale Geschäfte. Zur Abgrenzung Stadt / Region sei zu sagen, dass man die Gemeinden im Fusionskontext eher zusammenbringen wolle, weshalb nicht dauernd auf die Gemeindegrenzen Bezug genommen werden solle. Die Stadt leiste ihren Beitrag nur für Churer Teilnehmende. Es sei auch nicht einzusehen, weshalb Jugendliche, welche in Chur die Ausbildung machten, vom Jugendparlament ausgeschlossen werden sollten, allerdings müssten es regionale Interessen sein. Viele Jugendliche aus der Region hätten zudem ihren Fokus auf Chur gerichtet, konsumierten hier und seien Kunden. Die Stadt könne ihre Zentrumsfunktion nur dann wahrnehmen, wenn sie sich nicht abkapsle. Die Stadt unterstütze kulturelle und sportliche Tätigkeiten, jedoch nur für Churerinnen und Churer. Andere finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten seien nicht abgeklärt worden, da man vom Ansatz von Churer bzw. regionalen Interessen ausgegangen sei. Der Kanton sei in diesem Bereich traditionell zurückhaltend. Es sei den Jugendlichen unbenommen, weitere Finanzierungsquellen zu erschliessen. Zur Jungparteienförderung sei zu sagen, dass die Stadtverfassung dazu eine Kann-Formulierung enthalte. Im Gesetz über die Politischen Rechte sei dann aber eine finanzielle Parteienförderung explizit ausgeschlossen worden. Der Stadtrat wolle dem Jugendparlament keine weiteren politischen



Rechte zugestehen; er sehe insgesamt nur Chancen. Er bitte den Rat um ein starkes Signal an die Jugend.

**Stadtrat Tom Leibundgut** verweist auf die vielen Jugendlichen, die ihren Lebensmittelpunkt in Chur haben, aber z.B. Wochenaufenthalter seien. Er sei deshalb gegen eine imaginäre Stadtgrenze.

## **DETAILBERATUNG**

### **Art. 1 Begriff und Ziele**

- **Antrag Nay**  
In Abs. 2 lit. a) sei "soziales" durch "demokratisches" zu ersetzen.
- **Antrag Nay**  
In Abs. 2 lit. b) sei "und der Region" zu streichen.
- **Antrag Nay**  
In Abs. 2 lit. d) sei "und der Region" zu streichen.

Der **Stadtpräsident** beantragt, die letzten beiden Anträge abzulehnen. Gerade im Hinblick auf die künftige Region Plessur sollten auch regionale Anliegen eingebracht werden können.

### **Abstimmungen:**

- Antrag 1 wird mit 15 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
- Antrag 2 wird mit 16 zu 4 Stimmen abgelehnt.
- Antrag 3 wird mit 16 zu 4 Stimmen abgelehnt.

### **Art. 6 Leistungen der Stadt**

- **Antrag Hohl**  
*"Abs. 1 sei als Kann-Formulierung auszugestalten."*

**Hohl** findet eine Anstossfinanzierung in Ordnung, möchte die Bestimmung aber weniger zwingend formuliert haben.



Der **Stadtpräsident** wendet sich gegen den Antrag, denn der Gemeinderat könne über den Voranschlag steuern, er könne auch einen Null-Beitrag beschliessen.

**Abstimmung:**

Auf den Antrag entfallen 10 Ja- und 10 Nein-Stimmen, er wird mit **Stichentscheid** des Gemeinderatspräsidenten angenommen.

**Schlussabstimmung:**

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Die Teilrevision des Gesetzes über die Jugendförderung in der Stadt Chur (RB 361) wird mit 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt. Die Teilrevision untersteht gemäss den Bestimmungen der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.
2. Die Verordnung über das Jugendparlament der Stadt Chur wird mit der beschlossenen Änderung mit 15 Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt.

**6. Auftrag CVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Überprüfung Modell C (Sekundarstufe I); Bericht**

**Antrag**

*Der Auftrag sei abzulehnen.*

11 Wortmeldungen.

**Abstimmung:**

Der Auftrag wird mit 13 zu 6 Stimmen abgelehnt.



**7. Auftrag Freie Liste Verda/Trepp und Mitunterzeichnende betreffend Installation öffentlicher Velopumpen; Bericht**

**Antrag**

*Der Auftrag sei abzulehnen.*

5 Wortmeldungen.

**Abstimmung:**

Der Auftrag wird mit 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

**8. Auftrag CVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend kostenloses WLAN; Bericht**

**Antrag**

*Der Auftrag sei abzulehnen.*

6 Wortmeldungen.

**Abstimmung:**

Der Auftrag wird mit 11 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

**9. Auftrag GPK betreffend Abänderung bestehendes Modell auf Modell "28+1" (GPK-Bericht vom 20.11.2013); Antrag um Fristverlängerung**

**Antrag**

*Dem Gemeinderat wird beantragt, die Frist zur Einreichung einer Botschaft betreffend Abänderung bestehendes Modell auf Modell "28+1" bis zum 18. Dezember 2014 zu erstrecken.*



Keine Wortmeldungen.

**Abstimmung:**

Die Frist zur Einreichung einer Botschaft betreffend Abänderung bestehendes Modell auf Modell "28+1" wird einstimmig bis zum 18. Dezember 2014 erstreckt.

**10. Interpellation Martha Widmer und Mitunterzeichnende betreffend "Wie weiter mit den Sportstätten in Chur?"; Antwort**

Antwort des Stadtrates.

Die Interpellantin erklärt sich als von der Antwort des Stadtrates teilweise befriedigt und verlangt Diskussion.

**11. Interpellation SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Prüfung SKOS-Austritt; Antwort**

Antwort des Stadtrates.

Der Interpellant erklärt sich als von der Antwort des Stadtrates teilweise befriedigt.

**12. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung**

Die Fragen von Michael **Trepp** (Freie Liste Chur) betreffend Versuchsphase der Lockerung der Öffnungszeiten für Gastwirtschaftsbetriebe werden durch den **Stadtpräsidenten** beantwortet.



## Eingang parlamentarischer Vorstösse

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag BDP-Fraktion und CVP-Fraktion und Mitunterzeichnende zur Ausarbeitung des Projektes Schulhaus Ringstrasse
- Auftrag Jürg Kappeler und Mitunterzeichnende betreffend Elektromobilität - Churs Verwaltung weist den Weg!
- Auftrag Jürg Kappeler und Mitunterzeichnende betreffend Gegen Politikverdrossenheit der Jungen - Schulklassen als Gemeinderat!
- Auftrag Anita Mazzetta und Mitunterzeichnende betreffend Berücksichtigung des Vogelschutzes am Bau
- Interpellation Tina Gartmann-Albin und Mitunterzeichnende betreffend Sozialhilfeempfänger

Chur, 13. Mai 2014

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder



Eingereicht anlässlich der  
Gemeinderatssitzung vom 8. MAI 2014

Stefanus Frauenfelder, Stadtschreiber

CVP Chur

**Auftrag BDP-Fraktion und CVP-Fraktion zur Ausarbeitung des Projektes  
Schulhaus Ringstrasse**

An der Abstimmung vom 9. Februar 2014 hat sich die Churer Stimmbevölkerung äusserst knapp gegen das Projekt „Fussball/ Eishockey“ inklusive einer Steuererhöhung ausgesprochen. Umstritten bei dieser Vorlage waren im Abstimmungskampf vor allem die Ausführung des Eisfeldes und die vorgesehene Steuererhöhung. In der Antwort auf eine Interpellation von Martha Widmer-Spreiter und Mitunterzeichnende führt der Stadtrat zudem aus, dass am alten Sportplatz Ringstrasse zum Weiterbetrieb mit Investitionen von rund CHF 5 Mio. zu rechnen ist. Vor der GESAK Abstimmung budgetierte die Stadt ab dem Jahr 2016 CHF 36.5 Mio. innerhalb der regulären Investitionsrechnung für den Ersatz der Schulhäuser Florentini und Daleu sowie der Turnhalle des Schulhauses Herold, so dass das Areal an der Ringstrasse nach einer Verschiebung des Sportplatzes in die Obere Au zur Hälfte als Ersatz für die genannten Schuleinrichtungen genutzt werden könnte. Die andere Hälfte wäre frei zur Abgabe im Baurecht an einen Investor.

Die Gemeinderatsfraktionen der BDP und der CVP sind der Ansicht, dass durch die Fokussierung der genannten 3 Schulhäuser an einem Standort mehrere Vorteile für die Stadt erzielt werden könnten:

Ein Teil des Areals des Sportplatzes Ringstrasse sowie die Parzellen der Schulhäuser Herold (weil bereits saniert wohl eher mittelfristig) und Florentini würden der Stadt bei einer Abgabe im Baurecht wiederkehrende Einnahmen bringen. Gleiches gilt für das Schulhaus Daleu, welches der aus allen Nähten platzenden Gewerblichen Berufsschule dringend benötigten Schulraum beschaffen könnte. Durch die Abgeltung durch den Kanton würden auch diese Mieteinnahmen der Stadt effektiv einen Mehrertrag bringen. Der Betrieb eines zentralen Schulhauses an einem neuen Standort würde die Stadt bei Unterhalts- und Betriebskosten gegenüber der heutigen Situation (3 Standorte in unmittelbarer Nachbarschaft) nachhaltig entlasten. Durch die diversen zusätzlichen Einnahmequellen bei gleichzeitigen Einsparungen durch Synergie-Effekte könnte der Fussballplatz wie vor der Abstimmung beabsichtigt und vermutlich ohne Steuererhöhung in die Obere Au verlegt werden, anstatt dass nun 5 Mio. in den alten Sportplatz investiert werden, welcher vom Städtebau (Fokussierung Fussball an einem Standort, Anbindung an Autobahn etc.) her viel besser in die Obere Au gelegt würde.

Aufgrund dieser Argumentation ersuchen die Unterzeichnenden den Stadtrat, eine erneute Beurteilung der Situation vorzunehmen und diese dem Gemeinderat zu unterbreiten.

Auf die geplanten Investitionen in den Sportplatz Ringstrasse ist bis dahin zu verzichten.

Chur, den 6. Mai 2014, Gemeinderatsfraktionen der BDP Chur und der CVP Chur

Oliver Hohl, BDP Fraktionspräsident

Carla Maissen, CVP Fraktionspräsidentin

Martha Widmer-Spreiter, BDP Gemeinderätin

Romano Cahannes, CVP Gemeinderat

Susanne von Rechenberg, BDP Gemeinderätin

Giancarlo Sala, CVP Gemeinderat



## Gemeinderat

## Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☒ Auftrag☐ Interpellation

*Auftrag BDP und CVP Fraktion*  
 Titel: *zur Ausarbeitung des Projektes Schulhaus Riggstrasse*

Erstunter-  
zeichnende/r  
(ankreuzen)

☐☐☐☐☐☐☐☒☐☐☐☐☐☐☐☐☐☒☐☐☐

| Name                            | Partei            | eingesehen<br>(Visum) | Unterschrift        |
|---------------------------------|-------------------|-----------------------|---------------------|
| Cahannes Romano                 | CVP               |                       | <i>[Signature]</i>  |
| Cavegn Hänni Rita               | SP                |                       | <i>[Signature]</i>  |
| Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS | SVP               | ✓                     |                     |
| Decurtins Guido                 | SP                |                       | <i>G. Decurtins</i> |
| Durisch Christian               | SVP               | ✓                     |                     |
| Gartmann-Albin Tina             | SP                | ✓                     | <i>T.G. Albin</i>   |
| Grass Stefan, Ing. HTL          | SP                |                       | <i>[Signature]</i>  |
| Hohl Oliver                     | BDP               |                       | <i>[Signature]</i>  |
| Infanger Dominik, Dr. iur.      | FDP               |                       |                     |
| Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.   | GLP               |                       | <i>[Signature]</i>  |
| Lurati Franco                   | FDP               |                       |                     |
| Maissen Carla, Dr. med.         | CVP               |                       | <i>C. Maissen</i>   |
| Mazzetta Anita                  | Freie Liste Verda |                       |                     |
| Meier Adrian J.                 | Freie Liste Verda |                       | <i>Ad Meier</i>     |
| Menge Jean-Pierre, Dr. iur.     | SP                |                       |                     |
| Meuli Hans Martin, Dr.          | FDP               | ✓                     |                     |
| Nay Beath                       | SVP               | ✓                     |                     |
| Sala Giancarlo, Dr. phil.       | CVP               |                       | <i>[Signature]</i>  |
| Trepp Michael                   | Freie Liste Verda |                       |                     |
| von Rechenberg Susanne          | BDP               | ✓                     | <i>[Signature]</i>  |
| Widmer-Spreiter Martha          | BDP               |                       | <i>[Signature]</i>  |

Datum: 8.5.2014

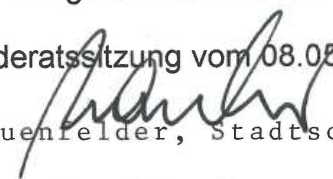
Jürg Kappeler

Gemeinderat Grünliberale Chur



eingereicht anlässlich der

Gemeinderatssitzung vom 08.05.14

  
M. Frauenfelder, Stadtschreiber

## **Elektromobilität – Churs Verwaltung weist den Weg!**

Klimawandel und Energiewende sind in aller Munde. In Graubünden werden auch die grossen Nöte und Ängste der Wasserkraft beklagt. Vielfach wird dann bezüglich des Handlungsspielraums mit dem vorwurfsvollen Finger auf Brüssel (EU) oder auf Bundesbern gezeigt. Schuld an der Misere sind beispielsweise Marktverzerrungen durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) in Deutschland, die kostendeckende Einspeisevergütung KEV bei uns oder direkte oder indirekte Förderung von Atomstrom (vollständige Rückbaukosten oder Versicherungsprämien mit Strompreis nicht abgedeckt) oder Kohlestrom im Ausland.

Doch nebst den diversen Korrekturen, welche auf europäischer oder schweizerischer Ebene zu ergreifen wären, gibt es auch einen Lichtblick für Graubünden. Das Wirtschaftsforum Graubünden, die Denkwerkstatt Graubündens, zeigt ihn in seinem Bericht auf. Wir können die Entwicklung des Strommarktes und des CO<sub>2</sub>-Ausstosses in die eigenen Hände nehmen – durch die Intensivierung der Elektromobilität. Das Prinzip ist einfach: Fahrzeuge sollen statt mit Treibstoff aus fossilen Energieträgern von fernen Ländern mit einheimischem Strom betrieben werden. Dies ist gut für unser Klima, und durch die Substitution von fossilen Treibstoffen durch einheimische Elektrizität auch gut für die Kassen unserer Stromversorger.

Um einen kleinen Beitrag an diese dringend notwendige Trendwende zu leisten, wird der Stadtrat beauftragt, sich in angemessener Weise für eine signifikante Steigerung der Elektromobilität einzusetzen, sei dies bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen der Stadt Chur oder bei deren „verwandten“ Organisationen. Ausser den Treibstoffhändlern profitieren davon alle: Unsere Bewohnerinnen und Bewohner durch geringere Emissionen, „unsere“ IBC durch höhere Einnahmen aus dem Stromverkauf (anstelle der ausländischen Treibstoffmultis) und unsere städtischen Betriebe durch massiv geringere Betriebskosten.



Jürg Kappeler





## Gemeinderat

## Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☒ Auftrag☐ InterpellationTitel Elektronisität - Churs Verwaltung weist den Weg!Erstunter-  
zeichnende/r  
(ankreuzen)☐☐☐☐☐☐☐☐☐☒☒☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐

| Name                            | Partei               | eingesehen<br>(Visum) | Unterschrift |
|---------------------------------|----------------------|-----------------------|--------------|
| Cahannes Romano                 | CVP                  | RC                    |              |
| Cavegn Hänni Rita               | SP                   |                       |              |
| Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS | SVP                  | M                     |              |
| Decurtins Guido                 | SP                   |                       |              |
| Durisch Christian               | SVP                  | ✓                     |              |
| Gartmann-Albin Tina             | SP                   |                       |              |
| Grass Stefan, Ing. HTL          | SP                   |                       |              |
| Hohl Oliver                     | BDP                  |                       |              |
| Infanger Dominik, Dr. iur.      | FDP                  |                       |              |
| Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.   | GLP                  |                       | M. Kappeler  |
| Lurati Franco                   | FDP                  | h                     |              |
| Maissen Carla, Dr. med.         | CVP                  | C.M.                  |              |
| Mazzetta Anita                  | Freie Liste<br>Verda |                       | A. Mazzetta  |
| Meier Adrian J.                 | Freie Liste<br>Verda |                       | A. Meier     |
| Menge Jean-Pierre, Dr. iur.     | SP                   |                       |              |
| Meuli Hans Martin, Dr.          | FDP                  | h                     |              |
| Nay Beath                       | SVP                  |                       |              |
| Sala Giancarlo, Dr. phil.       | CVP                  |                       |              |
| Trepp Michael                   | Freie Liste<br>Verda |                       | M. Trepp     |
| von Rechenberg Susanne          | BDP                  |                       |              |
| Widmer-Spreiter Martha          | BDP                  |                       |              |

Datum: 8.5.14

Jürg Kappeler

Gemeinderat Grünliberale Chur

eingereicht anlässlich der

Gemeinderatssitzung vom 08.05.14

M. Frauenfelder, Stadtschreiber

*Auftrag*

## Gegen Politikverdrossenheit der Jungen – Schulklassen als Gemeinderat!

In den letzten Wochen wurde von verschiedener Seite das geringe Interesse der jüngeren Bevölkerungsschichten an der Politik kritisiert. Exponenten verschiedener politischer Kreise sehen zur Verbesserung dieser unbefriedigenden Situation die Lösung in einem stärkeren Engagement der Schule.

In Churs Schulen wird Politik zwar im „Staatskundeunterricht“ besprochen, doch beschränken sich die Lektionen in der Regel auf theoretische und somit relativ „trockene“ Inhalte. Viel spannender und motivierender ist jedoch die praktische Auseinandersetzung. Eine fünfte Klasse übte am 7. Mai 2014 selbst Gemeinderat – im Gemeinderatssaal mit Präsidentin, Fraktionschefs, Stadtpräsidentin etc. – und behandelte in der Höflichkeitsform den Bau eines Militärmuseums und das weitere Schicksal des Churer Sees. Der Spass war gross, viele fanden danach Politik cool, und nicht wenige wollen auch Politiker werden!

Diese Lektion soll an Churs Schulen Schule machen! Deshalb wird der Stadtrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass alle Churer Schülerinnen und Schüler einmal selbst Gemeinderatssitzung üben, und zwar im ehrwürdigen Gemeinderatssaal.

*J. Kappeler*  
Jürg Kappeler





## Gemeinderat

## Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☒ Auftrag☐ Interpellation

Titel Gegen Politikverdrossenheit des Junges -  
Schulblasen als Gemeinderat!

Erstunter-  
zeichnende/r  
(ankreuzen)

☐☐☐☐☐☐☐☐☐☒☒☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐

| Name                            | Partei            | eingesehen<br>(Visum) | Unterschrift |
|---------------------------------|-------------------|-----------------------|--------------|
| Cahannes Romano                 | CVP               | RC                    |              |
| Cavegn Hänni Rita               | SP                |                       |              |
| Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS | SVP               | ✓                     |              |
| Decurtins Guido                 | SP                | ✓                     |              |
| Durisch Christian               | SVP               | ✓                     |              |
| Gartmann-Albin Tina             | SP                |                       |              |
| Grass Stefan, Ing. HTL          | SP                | ✓                     |              |
| Hohl Oliver                     | BDP               |                       |              |
| Infanger Dominik, Dr. iur.      | FDP               |                       |              |
| Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.   | GLP               |                       |              |
| Lurati Franco                   | FDP               | h                     |              |
| Maissen Carla, Dr. med.         | CVP               | C.M.                  |              |
| Mazzetta Anita                  | Freie Liste Verda |                       |              |
| Meier Adrian J.                 | Freie Liste Verda |                       |              |
| Menge Jean-Pierre, Dr. iur.     | SP                |                       |              |
| Meuli Hans Martin, Dr.          | FDP               |                       |              |
| Nay Beath                       | SVP               |                       |              |
| Sala Giancarlo, Dr. phil.       | CVP               | B.S.                  |              |
| Trepp Michael                   | Freie Liste Verda |                       |              |
| von Rechenberg Susanne          | BDP               |                       |              |
| Widmer-Spreiter Martha          | BDP               | ML                    |              |

Datum:

8.5.14





## Freie Liste Verda

### Auftrag: Berücksichtigung des Vogelschutzes am Bau

Das städtische Baugesetz muss nach dem Beitritt Graubündens zum Konkordat für die Harmonisierung der Baubegriffe einer Totalrevision unterzogen werden. Im Rahmen dieser Revision sollte auch der Vogelschutz am Bau ins neue Gesetz aufgenommen werden.

Der Tod von Vögeln an Glasfronten ist eines der grösseren Probleme des Vogelschutzes. Hunderttausende Vögel kollidieren mit durchsichtigen oder reflektierenden Glasfronten, weil diese als solche nicht erkannt werden. Ein bekanntes negatives Beispiel in der Stadt Chur ist das Gebäude des Hotel ABC mit den reflektierenden Fassadenfronten. Eine andere Gefahr besonders für Zugvögel sind irritierende Lichtquellen. Der aktuelle Trend zum Bau von Hochhäusern und grossflächigen Glasfronten und Spiegelfassaden vergrössert die Gefahr von tödlichen Vogelkollisionen zusätzlich.

Abhilfe ist möglich. Durch entsprechende Vorkehrungen und der Nutzung von vogelfreundlichen Materialien können viele Kollisionen vermieden werden.

Die Unterzeichnenden beauftragen darum den Stadtrat

1. die Empfehlungen der Schweizer Vogelwarte Sempach „Vogelfreundliches Bauen mit Glas und Licht“ ins Baugesetz aufzunehmen.
2. Bauvorhaben auf ihre Vogelfreundlichkeit zu prüfen.
3. wo immer möglich, neue Gefahrenquellen zu vermeiden und Nachbesserungen bei bestehenden Gefahrenquellen zu prüfen und zu fördern.

Anita Mazzetta

Gemeinderätin Freie Liste Verda

Chur, 8.5.2014



## Gemeinderat

## Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☒ Auftrag☐ Interpellation

Titel

Berichterstattung des Vogelschutzes am BauErstunter-  
zeichnende/r  
(ankreuzen)☐

Cahannes Romano

CVP

eingesehen  
(Visum)

Unterschrift

☐

Cavegn Hänni Rita

SP

☐

Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS

SVP

☐

Decurtins Guido

SP

☐

Durisch Christian

SVP

☐

Gartmann-Albin Tina

SP

☐

Grass Stefan, Ing. HTL

SP

☐

Hohl Oliver

BDP

☐

Infanger Dominik, Dr. iur.

FDP

☐

Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.

GLP

☐

Lurati Franco

FDP

☐

Maissen Carla, Dr. med.

CVP

☒

Mazzetta Anita

Freie Liste  
Verda☐

Meier Adrian J.

Freie Liste  
Verda☐

Menge Jean-Pierre, Dr. iur.

SP

☐

Meuli Hans Martin, Dr.

FDP

☐

Nay Beath

SVP

☐

Sala Giancarlo, Dr. phil.

CVP

☐

Trepp Michael

Freie Liste  
Verda☐

von Rechenberg Susanne

BDP

☐

Widmer-Spreiter Martha

BDP

Datum:

7.5.2014





**Tina Gartmann-Albin**  
**SP-Fraktion**

Eingereicht anlässlich der  
Gemeinderatssitzung vom 7. MAI 2014

*Markus Frauenfelder, Stadtschreiber*

## **Interpellation betreffend Sozialhilfeempfänger**

Aus dem Sozialbericht des Kantons Luzern ist zu entnehmen, dass nur mutmasslich jeder Fünfte, der dazu berechtigt wäre, Sozialhilfe beantragt.

Viele Betroffene wollen ihre finanzielle Unabhängigkeit nicht verlieren oder sie fühlen sich stigmatisiert und schämen sich, als Sozialhilfebezüger identifiziert zu werden.

Ebenfalls kann die Komplexität der Regelungen, mangelnde Information, aufwändige Formalitäten, persönliche Umstände wie Lese- und Schreibschwäche oder die Einstellung zu Behörden ein Grund sein, keine Sozialhilfe zu beantragen. Weitere Gründe sind Ungewissheit oder die Angst vor Verschuldung.

Es zeigt sich, dass oftmals eine Beratung reicht, um die schwierige Situation zu stabilisieren und es dann gar nicht mehr zur Zahlung von Sozialhilfegeldern kommt.

Unter Umständen kann es für die öffentliche Hand sogar teurer zu stehen kommen, wenn sich Berechtigte erst viel später melden, als sie es könnten. Zudem ist es auch für die Schuldenberatung viel einfacher zu helfen, wenn nicht noch mehr unbezahlte Rechnungen da sind.

Um eine Verschlimmerung der Situation zu vermeiden, ist es sinnvoll, dass die Beratung zu einem frühen Zeitpunkt ansetzen und helfen kann. Auch wenn bei der Sachverhaltsabklärung in der Sozialhilfe ausgebaute Mitwirkungspflichten bestehen, so gilt doch der Untersuchungsgrundsatz: nach diesem muss eine Behörde den Sachverhalt von sich aus in jeder Beziehung umfassend klären, wenn sie Kenntnis von einer Notlage hat.

In Graubünden zeigt es sich, dass es sehr grosse regionale Unterschiede gibt. Während in einigen Regionen in vielen Fällen auch noch Beratungen durchgeführt werden, scheint es so, als hätten andere Sozialdienste hierfür kaum mehr Zeit. Sie setzen fast ihre gesamten Ressourcen in die Abklärungen und Verwaltung von Sozialhilfedossiers ein.

Daraus ergeben sich folgenden Fragen an den Stadtrat:

1. Wie sieht dies in der Stadt Chur aus?
2. Wie sieht die Differenz zwischen der Sozialhilfequote und der Armutsquote aus und wie ist diese nach Alter abgestuft?
3. Wie wird von Seiten der Behörden der Untersuchungsgrundsatz umgesetzt, z.B. wenn Kinder und Jugendliche involviert sind? Wird in bestimmten Fällen Hilfe in die Wege geleitet, auch ohne dass die Betroffenen vorgängig ein Gesuch eingereicht haben?

4. Welche Ideen bestehen seitens der Behörden, um Betroffene besser und vor allem frühzeitiger zu erreichen?

Die Unterzeichnenden danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.



Tina Gartmann-Albin



## Gemeinderat

## Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

☐ Auftrag☒ Interpellation

Titel

SozialhilfempfängerErstunter-  
zeichnende/r  
(ankreuzen)☐☐☐☐☐☒☐☐☐☐☐☐☒☐☐☐☐☐☐☐☐

| Name                            | Partei            | eingesehen<br>(Visum) | Unterschrift      |
|---------------------------------|-------------------|-----------------------|-------------------|
| Cahannes Romano                 | CVP               |                       |                   |
| Cavegn Hänni Rita               | SP                |                       | R. Cavegn         |
| Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS | SVP               | n                     |                   |
| Decurtins Guido                 | SP                |                       | G. Decurtins      |
| Durisch Christian               | SVP               |                       |                   |
| Gartmann-Albin Tina             | SP                |                       | T. Gartmann-Albin |
| Grass Stefan, Ing. HTL          | SP                |                       | S. Grass          |
| Hohl Oliver                     | BDP               |                       |                   |
| Infanger Dominik, Dr. iur.      | FDP               |                       |                   |
| Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.   | GLP               |                       |                   |
| Lurati Franco                   | FDP               |                       |                   |
| Maissen Carla, Dr. med.         | CVP               |                       |                   |
| Mazzetta Anita                  | Freie Liste Verda |                       | A. Mazzetta       |
| Meier Adrian J.                 | Freie Liste Verda |                       |                   |
| Menge Jean-Pierre, Dr. iur.     | SP                |                       |                   |
| Meuli Hans Martin, Dr.          | FDP               | v                     |                   |
| Nay Beath                       | SVP               |                       |                   |
| Sala Giancarlo, Dr. phil.       | CVP               |                       |                   |
| Trepp Michael                   | Freie Liste Verda |                       | M. Trepp          |
| von Rechenberg Susanne          | BDP               |                       |                   |
| Widmer-Spreiter Martha          | BDP               |                       |                   |

Datum:

8. Mai 2014